

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Eva-Maria Bulling-Schröter und der Fraktion der PDS**

### **Konsequenzen aus erhöhten Krebsraten und Fehlbildungen in der Umgebung von Atomkraftwerken**

Durch Dr. Alfred Körblein vom Umweltinstitut München wurde eine Erhöhung der Krebsrate bei Kindern in der Umgebung von deutschen Atomkraftwerken (AKWs) um bis zu 53 Prozent festgestellt (Süddeutsche Zeitung vom 25. Juli 2001 und Schweinfurter Tagblatt vom 21. Juli 2001). Dr. Alfred Körblein hatte die Datensätze der so genannten Michaelis-Studie (Prof. Dr. Jörg Michaelis, Universität Mainz) für Neuberechnungen genutzt. Nach Angaben des Schweinfurter Tagblatt soll das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) diese Ergebnisse bestätigt und eine Arbeitsgruppe einberufen haben, um eine Fallkontrollstudie durchzuführen. Mit dieser Studie könnte ein möglicher kausaler Zusammenhang zwischen der Häufung von Krebsfällen und radioaktiven Emissionen in der Nähe von AKWs untersucht werden. Eine solche Studie wird von vielen Bürgerinitiativen seit langem gefordert, da vermutet wird, dass selbst bei Einhaltung der Grenzwerte die auftretende Niedrigstrahlung gesundheitsgefährdende Auswirkungen hat. Von verschiedenen Wissenschaftlern wird aufgrund der genannten statistischen Häufungen von Krebsfällen in der Nähe von AKWs gefordert, die Grenzwerte für Radioaktivität weiter abzusenken.

In einer weiteren Studie, die im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen entstand, wurde untersucht, ob sich im Umkreis der bayerischen AKWs eine Häufung kindlicher bösartiger Neubildungen und angeborener Fehlbildung feststellen lässt. Die Methodik war analog der Michaelis-Studie. Es wurde eine entfernungsabhängige statistisch-signifikante Erhöhung von Fehlbildungen festgestellt. Von den Autoren wurde eine Fallkontrollstudie gefordert.

Bis zur weiteren Klärung der Zusammenhänge zwischen der Niedrigstrahlung von AKWs und der Häufung bestimmter Krebsfälle sowie kindlicher bösartiger Neubildungen und angeborener Fehlbildung bei Kindern könnte die Bundesregierung ein Moratorium für die geplanten Zwischenlager erlassen, um einen weiteren Anstieg der Radioaktivität in der Umgebung der AKWs zu vermeiden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Ist der Bundesregierung bekannt, dass für die Umgebung der bayerischen AKWs eine entfernungsabhängige statistisch-signifikante Erhöhung von Fehlbildungen ermittelt wurde?
2. Ist der Bundesregierung bekannt, dass für die Umgebung des AKW Grafenrheinfeld eine entfernungsabhängige statistisch-signifikante Erhöhung an isolierten Fehlbildungen festgestellt wurde?

3. Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung im Hinblick auf dieses Studienergebnis zu ergreifen?
4. Plant die Bundesregierung eine bundesweite Studie über kindliche bösartige Neubildungen und angeborene Fehlbildungen in der Umgebung von AKWs, um über diese Problematik mehr Einsicht zu bekommen?

Wenn nein, warum nicht?

5. Ist die Bundesregierung bereit, zum Schutz der Gesundheit der Kinder, eine von den Autoren der Studie zu Grafenrheinfeld als Resümee geforderte Fallkontrollstudie in Auftrag zu geben?

Wenn nein, warum nicht?

6. Welche Konsequenzen werden sich für die AKW-Betreiber ergeben, wenn ihre AKWs als Verursacher für erhöhte Leukämie- oder Fehlbildungsraten ermittelt werden?
7. Welche Konsequenzen ergeben sich aus Sicht der Bundesregierung im Hinblick auf die Grenzwerte der radioaktiven Belastung für die Bevölkerung?
8. Kann sich die Bundesregierung vorstellen, bis zu dem Vorliegen von belastbaren Ergebnissen der geforderten Fallkontrollstudien bundesweit ein Moratorium für die geplanten Zwischenlager bei AKWs zu erlassen, um einen weiteren Anstieg der Radioaktivität in der Umgebung der AKWs zu vermeiden?

9. Plant die Bundesregierung angesichts der vorliegenden Einzelstudien ähnliche Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit der betroffenen Bevölkerung?

Wenn ja welche?

Wenn nein, warum nicht?

10. Wie begründet die Bundesregierung die kürzlich in der neuen Strahlenschutzverordnung vorgenommene Erhöhung der effektiven Dosisgrenzwerte für Einzelpersonen der Bevölkerung von 0,3 mSv auf 1 mSv im Jahr, wenn gleichzeitig in der Umgebung von AKWs bei Emissionswerten unterhalb des alten niedrigeren Grenzwertes erhöhte Krebsraten bei Kleinkindern auftreten?

Berlin, den 31. Juli 2001

**Eva-Maria Bulling-Schröter**

**Roland Claus und Fraktion**